

Gemeinde Rödinghausen · Postfach 3110 · 32285 Rödinghausen

Ministerium für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen
-Landesplanungsbehörde-
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Dienststelle

Datum

28. Juli 2023

Ihr Zeichen

Nur per email an:

landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de

Stellungnahme zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplanes für den Ausbau Erneuerbarer Energien

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Rödinghausen befürwortet grundsätzlich das laufende Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplanes (LEP) und unterstützt damit das Ziel bis zum Jahr 2045 Klimaneutralität zu erreichen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2027 deutlich zu erhöhen. Dabei sind aber auch der Immissions- und Artenschutz zu gewährleisten.

Das Vorantreiben des Ausbaus von erneuerbaren Energien wird seitens der Gemeinde Rödinghausen, deren Stromerzeugung aus regenerativen Energien im Jahr 2021 einen Anteil von ca. 32% hatte und damit einen Spitzenplatz im Kreis Herford belegt, für notwendig erachtet.

Zu den Regelungen des Entwurfes im Einzelnen:

Ziel 10.2-2 Vorranggebiet für Windenergienutzung

Die Flächenpotenziale für die Nutzung der Windenergie sind in den Planungsgebieten Nordrhein-Westfalens naturräumlich sehr unterschiedlich. Die Gemeinde Rödinghausen befürwortet es, dass bei der Verteilung auf die Planungsregionen zunächst die landesweiten Flächenpotenziale nach naturräumlichen, siedlungsstrukturellen und windenergietechnischen Restriktionen ermittelt wurden. Dabei wurde die Obergrenze des Flächenpotenzials je Gemeinde auf maximal 15 % der Gemeindefläche festgelegt.

Diese Obergrenze ist wünschenswert und auch notwendig. Für die Gemeinde Rödinghausen mit einer Gesamtfläche von rd. 3.627 ha bedeutet dies eine Obergrenze von rd. 544 ha.

Anschrift:

Heerstraße 2
32289 Rödinghausen
Postfach 3110
32285 Rödinghausen
2023-07-28-stellungnahme
rödinghausen.docx

Telefon 05746 / 948-0
Telefax 05746 / 948-105
info@roedinghausen.de
www.roedinghausen.de

Besuchszeiten:

Mo.-Fr. 08.00 - 12.30 Uhr
Mo.-Mi. 13.00 - 16.00 Uhr
Do. 13.00 - 18.00 Uhr

Bankverbindung:

Sparkasse Herford:
KTO 160 510 251, BLZ 494 501 20
Gläubiger-ID: DE60ROE00000046031
BIC: WLAHDE44XXX
IBAN: DE07494501200160510251

Die Obergrenze soll eine Umzingelung von Ortslagen mit überdurchschnittlichen Potenzialen vermeiden und verbleibende kommunale Planungsspielräume erhalten.

Dieses wäre in der Gemeinde Rödinghausen nicht der Fall. Würde das Potenzial von 544 ha ausgeschöpft, wären städtebauliche Planungen stark eingeschränkt bzw. nicht mehr vorhanden. Schon jetzt fehlt es an ausgewiesenen Wirtschaftsflächen. Aktuell stehen keine Flächen für die Ansiedlung und Erweiterung bestehender Unternehmen zur Verfügung.

Im Rahmen des 46. Flächennutzungsplanänderungsverfahrens zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung wurde eine Potenzialstudie in Auftrag gegeben. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass in Abhängigkeit der Abstände zur Wohnbebauung im Außenbereich (250 m Puffer bis 450 m Puffer) ein Suchraum von 5,4 % der Gemeindefläche bis zu nur 0,7 % der Gemeindefläche verbleibt. Das Verfahren wurde dann durch Ratsbeschluss vom 03.11.2016 wegen Fehlens des substantiellen Raumes für die Windenergienutzung eingestellt.

Damit ist für die Gemeinde Rödinghausen klar nachgewiesen worden, dass die nun festgelegte 15 % Obergrenze deutlich zu hoch angesetzt ist. Diese sollte stark verringert z.B. auf 5 % der Gemeindefläche festgelegt werden.

Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen

Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen. Regionalplanerische Windenergiegebiete sind daher ohne Höhenbeschränkungen festzulegen.

In der Gemeinde Rödinghausen besteht ein, vor dem 1. Februar 2023, ausgewiesenes Windvorranggebiet mit einer Höhenbeschränkung. Durch die Höhenbeschränkung werden landschaftsbildrelevante und natur- und artenschutzrechtlich bedeutsame Schutzgüter vor dem Einfluss der Windenergieanlagen gesichert, da nur kleinere Windenergieanlagen möglich sind.

Die Festlegung der regionalplanerischen Windenergiegebiete ohne Höhenbeschränkungen ermöglicht ein größeres Potenzial zur Zielerreichung und ist durchaus wünschenswert. Durch die Frist 1. Februar 2023 bleibt der bestehende Status in der Gemeinde Rödinghausen

gewahrt und dieses Gebiet mit der Höhenbeschränkung wird angerechnet.

Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen

Die Parallele Durchführung der beiden Planänderungsverfahren wird ausdrücklich begrüßt. Die Gemeinde Rödinghausen ist zur weiteren Städtebaulichen Entwicklung dringend auf die Ausweisung weiterer Wohn- und Wirtschaftsflächen angewiesen. Daher ist es wichtig, dass die Regionalplanneuaufstellung im Jahr 2024 abgeschlossen werden kann und nicht durch die Landesentwicklungsplanänderung blockiert wird.

Ziel 10.2-6 Windenergienutzung in Waldbereichen

Ziel 10.2-6 legt fest, dass regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche für die Windenergienutzung in Anspruch genommen werden können, sofern es sich um Nadelwald (von Nadelbaumarten geprägten Hauptbestand) handelt. Ausgenommen hiervon sind Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturwaldzellen sowie Natura-2000-Gebiete. Damit sollen Windenergiegebiete in Vogelschutzgebieten ausgeschlossen bleiben.

Die Ausnahmeregelung wird ausdrücklich begrüßt. Die Gemeinde Rödinghausen ist Anliegerkommune des Wiehengebirges, das als Terra.Vita Nationalpark ausgewiesen ist. Außerdem erhalten weite Teile des Rödinghauser Wiehengebirges mit der Neuaufstellung des Landschaftsplanes zukünftig den Status eines Naturschutzgebietes. Schon jetzt sind Teilbereiche als NSG ausgewiesen.

Grundsatz 10.2-7 Windenergienutzung in waldarmen Gebieten

Der v.g. Grundsatz sind regionalplanerisch ausgewiesene Waldbereiche in waldarmen Gemeinden (unter 20% Waldanteil) von der Festlegung als Windenergiegebiete freizuhalten, soweit planerisch vertretbar.

Eine entsprechende Einschränkung erleichtert den waldarmen Kommunen wie z.B. im Kreis Herford mit 8,6 % Waldanteil an der Kreisfläche die planerische Abwägung, da in diesem Fall die „Waldarmut“ als „hartes Tabukriterium“ in den Planungsprozess eingestellt werden kann. Eine solche Einschränkung ist auch im Sinn der landesplanerischen

Zielsetzung, gerade in waldarmen Gebieten den Wald zu erhalten, zu vermehren und zu entwickeln. In der Regel haben alle Wälder im waldarmen Kreis Herford einen hohen Stellenwert für den Biotopverbund, den Arten- und Biotopschutz, den Regulationsfunktionen im Naturhaushalt, die nachhaltige Holzproduktion und die landschaftsorientierte Erholung.

Die Gemeinde Rödinghausen gehört ebenfalls zu den waldärmeren Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Auch stellt der Wald ein exorbitant wichtiges Kriterium für den Fremdenverkehr des Luftkurortes Rödinghausen dar, dem eine solche Festsetzung sicher nicht dienlich ist.

Ziel 10.2-8 Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Natur

Abweichend von den Zielen 7.2-2 und 7.2-3 dürfen Vorranggebiete für die Windenergienutzung auch in Bereichen für den Schutz der Natur festgelegt werden, soweit es sich dabei nicht um Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente oder Nationalparke handelt

Es wird ausdrücklich begrüßt, dass die Regionalplanungsbehörden bei der Festlegung konkreter Windenergiebereiche Flächen in BSN im Rahmen ihrer planerischen Konzeptionen und in Abwägung mit anderen naturschutzfachlichen Aspekten weiterhin möglichst nur dann in Anspruch nehmen sollen, wenn die ökologischen Funktionen des betroffenen Bereichs, insbesondere die Funktion im landesweiten Biotopverbund, nicht erheblich beeinträchtigt wird.

Es ist wichtig und richtig, dass die Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationalen Naturmonumente und Natura 2000-Gebiete von der Festlegung von Windenergiegebieten ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Dieses wird ausdrücklich befürwortet.

Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen.

Siehe Stellungnahme zu Ziel 10.2-2 Vorranggebiet für Windenergienutzung.

Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

In Industrie- und Gewerbegebieten ist die Inanspruchnahme von geeigneten Flächen für die Windenergienutzung zu prüfen. Dabei ist die Windenergienutzung als eine arrondierende, den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung zu ermöglichen, um gleichzeitig eine möglichst effiziente Flächennutzung sicherzustellen und eine weitere Ausweisung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen zu vermeiden.

Die Kombination von Gewerbe- und Industrienutzungen mit Windenergienutzungen ist eine äußerst sinnvolle Kombination, da gerade diese Nutzungen sehr energieintensive Nutzungen darstellen und in diese Gebieten bereits Vorbelastungen bestehen.

In der Gemeinde Rödinghausen sind die gewerblichen Nutzungen auf wenige Gewerbegebiete konzentriert. Diese liegen allerdings nahe vorhandener Wohnstrukturen und sind für Windenergienutzungen aufgrund zu geringer Abstände (s. Windpotenzialstudie aus dem Jahr 2016) ungeeignet.

Ziel 10.2-14 Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum

Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ist im Freiraum mit Ausnahme von regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen und Bereichen zum Schutz der Natur möglich, wenn der jeweilige Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Dabei ist dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen.

Der Ausbau der Freiflächen Solarenergie ist ein wesentlicher Beitrag zur notwendigen Energiewende. Die Gemeinde Rödinghausen unterstützt diese Energiegewinnung aktuell bereits durch die Ausweisung von zwei Sondergebieten für Freiflächenphotovoltaik (Klassische Freiflächen-Solarenergieanlagen). Die im LEP-Änderungsentwurf festgelegte 2 ha Raumbedeutsamkeitsgrenze wird als angemessen angesehen. Von den zwei in der Gemeinde Rödinghausen laufenden FNP-Änderungsverfahren wird eine FFPV-Anlage als raumbedeutsam eingestuft.

Die Festlegung der Kriterien für die Raumbedeutsamkeit

- die Lage

- das Maß der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds
- die Vorbelastung / technische Überprägung der Landschaft
- die Vereinbarkeit mit der Standortumgebung oder
- Summeneffekte von angrenzenden und mittelbar benachbarten vorhandenen Anlagen (Zerschneidungseffekt)

werden als angemessen angesehen.

Die im LEP-Entwurf verankerte Einzelfallprüfung hinsichtlich der Beurteilung der Frage, ob ein Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist, wird ausdrücklich begrüßt.

Ziel 10.2-15 Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie

Der Erhalt der hochwertigen Ackerböden mit einer Ertragsmesszahl von 55 und mehr ist sehr wichtig, da landwirtschaftliche Nutzungen unbedingt zu erhalten und nicht unnötig eingeschränkt werden dürfen. Die mögliche parallele Nutzung mit sog. Agri-PV-Anlagen stellt eine sinnvolle Kombinationsmöglichkeit dar. Letztlich sollte aber der ausschließlichen landwirtschaftlichen Nutzung der Vorrang eingeräumt werden.

Grundsatz 10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie

Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen soll in landwirtschaftlichen Kernräumen nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.

Landwirtschaftliche Kernräume sollten ausschließlich der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Der landwirtschaftliche Flächenverbrauch durch Siedlungsflächen schränkt ohnehin schon die Verfügbarkeit ein. Dieses sollte nicht durch weitere Nutzungen verstärkt werden. Auch bei kombinierter Agri-PV-Nutzung werden sich geringere Erträge einstellen bzw. landwirtschaftliche Kulturen nicht anbaubar sein. Die Wirtschaftlichkeit wird unnötig eingeschränkt.

Grundsatz 10.2-17 Besonders geeignete Standorte für raumbe- deutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum

Die Festlegung von Vorzugsgebieten im Freiraum ist sinnvoll und schützt den Freiraum. Die im Katalog genannten Bereiche erfüllen ohnehin eine geringere Freiraumfunktion und sind daher besonders geeignet. Die Abstände von 500 bzw. 200 m werden als angemessen angesehen. Die in der Gemeinde Rödinghausen laufenden FNP-Änderungsverfahren erfüllen diese Kriterien bereits. Außerhalb dieser Zonen sollte der Freiraum geschützt werden. Diese wird durch die geregelten Grundsätze erreicht. Die Kombination mit Windenergiebereichen ist zudem eine sinnvolle Ergänzung, da auch die Windenergieanlagen bereits über einen Netzzugang verfügen.

Grundsatz 10.2-18 Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum

Bauleitplanung soll die Freiflächen-Solarenergienutzung im Siedlungsraum als arrondierende, den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung unterstützen.

Grundsätzlich sollte der Siedlungsraum den dort vorrangigen Nutzungen für Siedlungs- und Verkehrsflächen vorbehalten bleiben. Allerdings kann die flächenhaft untergeordnete Nutzung durch Freiflächen-Solarenergieanlagen eine Alternative zur Generierung von Flächen für Solarenergie sei. Die vorrangigen Nutzen dürfen nicht beschränkt werden. Energieintensive gewerbliche Nutzungen können durch die Arrondierung mit Freiflächen-Solarenergieanlagen sinnvoll kombiniert werden, da die erzeugte Energie gleich vor Ort verbraucht werden kann und den vorrangigen Nutzungen dienlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

